

---

## WOHLSTAND UND FREIHANDEL

Rezension von: Horst Afheldt: Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, Kunstmann-Verlag, München 1994, 265 Seiten, DM 39,80.

---

Horst Afheldt knüpft mit dem Titel seiner jüngsten Veröffentlichung bewußt an das 1957 von Ludwig Erhard veröffentlichte Buch „Wohlstand für Alle“ an. Im Gegensatz zu der optimistischen Botschaft Erhards kommt Afheldt in seiner Analyse von vierzig Jahren „Sozialer Marktwirtschaft“ aber zu dem Schluß, daß ohne umfassende Korrekturen „Wohlstand für niemand“ das ernüchternde Resultat des bundesdeutschen Wirtschaftssystems sein wird. Nach der Lektüre des provozierenden Buches wird deutlich, daß auf das Fragezeichen im Titel eigentlich nur deswegen nicht verzichtet werden konnte, weil von der Misere der vielen in immer stärkerem Maße einige wenige profitieren, was Afheldt auch unmißverständlich festhält: „Wie schon seit langem in den USA wurden auch in Europa die Reichen reicher, immer mehr aber arm und die Armen ärmer.“ (S. 35)

Afheldt beginnt seine Ausführungen mit einer empirischen Untersuchung des vierzigjährigen westdeutschen Wirtschaftswachstums. Da dieses Wachstum nicht exponentiell, sondern „nur“ linear verlaufen ist, also jedes Jahr real in etwa der gleiche DM-Betrag zum Bruttosozialprodukt hinzugekommen ist, sei es für die erste Dekade des neuen Jahrhunderts unvernünftig, „(. . .) mit mehr als durchschnittlich 1,5 Prozent jährlichem Wachstum zu rechnen, wenn, ja wenn alles so gut laufen sollte, wie es in den

ersten 40 Jahren der alten Bundesrepublik lief.“ (S. 24 f.) Da gleichbleibende absolute Zuwächse notwendigerweise zu kontinuierlich sinkenden Wachstumsraten führen, ist selbst bei Fortsetzung des linearen Wachstums ein grundsätzlicher Trend zum Nullwachstum zu konstatieren. (S. 25) Der Autor gibt aber in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß das Wachstum der Vergangenheit unter historisch einzigartigen Bedingungen stattgefunden hat (Wiederaufbau, aufgestaute Bedürfnisse, Bevölkerungswachstum etc.). Aus diesem Grunde hält er es für wesentlich realistischer, davon auszugehen, daß wirtschaftliche Stagnation früher eintreten wird, als es eine bloße Fortschreibung der vorangegangenen Entwicklung erwarten läßt. Afheldts historisch angelegte Wachstumsanalyse entzieht somit jenen Optimisten die Argumentationsgrundlage, deren wirtschaftspolitische Konzepte zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit nach wie vor um die Frage nach den Möglichkeiten einer „Entfesselung der Wachstumsdynamik“ zirkulieren.

Im Verlauf der Arbeit stellt Afheldt weitere, den Sozialstaat bedrohende Entwicklungen heraus, wozu er insbesondere die erfolgte „große Umverteilung“ rechnet. (S. 35–38) Er verweist auf die bekannte Tatsache, daß seit 1980 – im deutlichen Gegensatz zu den Unternehmensgewinnen – die verfügbaren Einkommen je abhängig Beschäftigtem real kaum mehr gestiegen sind. Mit dem Hinweis, daß sich die Vermögensverteilung der Bundesrepublik damit der eines Entwicklungslandes nähert, unterstreicht er die Dramatik dieser Entwicklung. (S. 36)

Im zweiten Kapitel (S. 39–88) sucht Afheldt Gründe für diese problematischen Entwicklungen aufzuzeigen. Als einen der zentralen Punkte nennt er die Tatsache, daß aufgrund der vorangetriebenen Liberalisierung des Welt Handels und der beständig zunehmenden internationalen Verflechtungen

Arbeit weltweit „billig wie Dreck“ wird. (S. 58) Stagnierende oder sogar sinkende Löhne ermöglichen jedoch keine wachsende Massennachfrage, die für Erweiterungsinvestitionen notwendig wären, um Arbeitsplätze, von denen weltweit mittlerweile eine Milliarde fehlen, zu schaffen. Für eine Stärkung der Nachfragebedingungen sieht Afheldt zwar deutliche Spielräume (als Stichwort sei hier nur genannt: Umverteilung privaten Reichtums), doch fehle es den nationalstaatlichen Regierungen realistisch betrachtet an diesbezüglichen Durchsetzungsmöglichkeiten: „Wenn Unternehmen zunehmend frei darüber verfügen können, wo sie ihre Gewinne anfallen lassen, wenn Unternehmen überall arbeiten können, gleichgültig, in welchem Land sie als ‚Staatsbürger‘ registriert sind, dann bekommt der Staat, der am wenigsten fordert, den Zuschlag.“ Dies als „Erpressung“ zu charakterisieren, verharmlose diese Entwicklung: „(. . .) es ist schlimmer, es ist nicht kriminell, sondern systemimmanentes, notwendiges Handeln. Wäre es (nur, N. R.) kriminell, Optimisten könnten auf ‚Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität‘ hoffen.“ (S. 74)

Sollte sich diese Entwicklung als unkorrigierbar erweisen, hält Afheldt einen Zusammenbruch des Sozialstaats für unabwendbar, der auch nicht durch forcierten technischen Fortschritt oder einen beschleunigten Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft verhindert werden könne. Auch eine umfassende Arbeitszeitverkürzung und ein stärkeres staatliches Engagement auf dem (Zweiten) Arbeitsmarkt könne letztlich nicht verhindern, daß voranschreitende Liberalisierung, Globalisierung und Beschleunigung des Welthandels nationale Sozialstandards zunichte machen werden.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß Afheldt als Ausweg aus dem Dilemma die theoretische wie

praktische Abkehr vom globalen Freihandel, eines seiner Ansicht nach zur bloßen Ideologie verkommenen Prinzips, propagiert, dem aber nach wie vor die meisten Ökonomen und die entscheidenden internationalen Organisationen nach der Devise anhängen: „Freihandel soll leben, auch wenn die Welt zugrunde geht.“ Demgegenüber fordert er in Anknüpfung an eine Veröffentlichung zum „Neuen Protektionismus“ von Tim Lang und Colin Hines: „Die Zukunft gegen den Freihandel verteidigen“. (S. 206)

Nach einer knappen Analyse der disparaten wirtschaftlichen Situation in den USA, Japan und England auf der einen und den sogenannten „Entwicklungsländern“ auf der anderen Seite schlägt er vor, „(. . .) das freie Spiel des Marktes nur innerhalb von Räumen zuzulassen, in denen eine politische Macht, die die Ziele vorgibt, organisiert werden kann. (. . .) Denn die Wirtschaft ist nur das Mittel, der Wohlstand der Nationen [Adam Smith] oder der Sozialstaat Ludwig Erhards das Ziel.“ (S. 211) Um dieses zu erreichen, schlägt er die Bildung regionaler Handelsblöcke vor, die, einer „Gemeinschaftspräferenz“ folgend, politisch entscheiden könnten, welche Güter die Grenzen passieren dürfen und welche nicht. Kinderarbeit, mangelnder Umweltschutz oder aggressive Währungsabwertungen in den Herkunftsländern könnten zu Kriterien werden, bestimmte Produkte vom Binnenmarkt fernzuhalten. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke sieht Afheldt Deutschland und Frankreich als prädestiniert, einen europäischen Wirtschaftsraum zu initiieren, „(. . .) der dem Markt die Kriterien vorgibt, die den Zielen der Gemeinschaft entsprechen.“ (S. 222)

Politisch handlungsfähige „Großregionen“ sind somit nach Afheldt einzig geeignet, den wachsenden negativen Auswirkungen des Freihandels zu begegnen und den notwendigen Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft

wiederherzustellen. Die damit notwendigerweise verbundene Errichtung höherer Mauern gegen Produkte aus Staaten ohne Sozialsystem und ohne Umweltschutzauflagen sieht er nicht im Widerspruch zu den Interessen der „Entwicklungsländer“, da der Freihandel ihnen in der Vergangenheit – mit Ausnahme einiger ostasiatischer Staaten – ohnehin nur den „Abstieg in die ‚4. Welt‘“, die „Entwicklung zur Unterentwicklung“ (S. 226) beschieden habe. Afheldt weist in diesem Zusammenhang völlig zu Recht auf eine wachsende Zahl von Stimmen aus den Entwicklungsländern hin, die selbst eine Abkopplung vom Weltmarkt (sogenanntes „delinking“) einfordern.

Die Stärke des Buches liegt zweifelsfrei darin, daß es den Blick für die Gefahren eines entfesselten Freihandels schärft, der aufgrund erheblich gesteigener Transportmöglichkeiten, weltweiter medialer Vernetzung, global agierender Unternehmen etc. nicht mehr mit herkömmlichen, auf David Ricardo zurückgehende Außenhandelsstheorien in toto zu legitimieren ist. Wie so oft scheint auch hier die Realität die Theorie überholt zu haben. Zu sehr wird heute immer noch „nationalökonomisch“ gedacht, wo „internationalökonomisches“ Denken notwendig wäre. Eine „Internationalökonomie“ (Claus Köhler) müßte sich stärker mit den möglichen Gefahren eines beschleunigten Außenhandels, von dem immer mehr international agierende, fehlender demokratischer Kontrolle unterworfenen Konzerne zu

Lasten einzelner Nationen profitieren, auseinandersetzen.

Afheldt hat mit seinem jüngsten Buch nun gewissermaßen den Fehdehandschuh geworfen. Es wäre wünschenswert, wenn dieser von den Vertretern der Freihandelslehre aufgenommen würde. Insbesondere wäre vor dem Hintergrund von Afheldts Ausführungen zu ergründen, inwieweit theoretische Analysen des Freihandels sich in der Praxis als zutreffend erwiesen haben. Darüber hinaus bedarf es aber auch der Klärung, ob eine zunehmende Abschottung von Großregionen gegenüber dem Weltmarkt nicht Prozesse in die Wege leitet, die – gerade für exportabhängige Industrieländer – möglicherweise weitaus negativere Ergebnisse zeitigen, als sie Afheldt als Folge des Freihandels proklamiert. Da der Autor zur Beantwortung dieser wichtigen Frage nichts beiträgt, bleiben nach der Lektüre des Buches doch viele Fragen offen.

Trotz dieses Mankos stellt Afheldts jüngstes Werk einen wichtigen Beitrag in einer Zeit dar, in der die politischen Weichen auf eine völlige Liberalisierung des Welthandels gestellt zu sein scheinen. Angesichts der nicht von der Hand zu weisenden negativen Effekte, die bereits heute in „Entwicklungs-“ wie Industrieländern zu spüren sind, sollten Afheldts Ausführungen Anlaß geben, das Thema Freihandel versus Protektionismus auf übernationaler Ebene neu zu überdenken.

Norbert Reuter

# Informationen über Multinationale Konzerne

beschäftigt sich mit dem Thema „*Internationale Wirtschaftsentwicklungen und deren Auswirkungen auf die Arbeitswelt*“.

## Schwerpunkte:

- Unternehmens- und Branchenkonzentrationen und deren soziale Auswirkungen
- Europäische Union, Zentral- und Osteuropa
- Betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung
- Internationalisierung der Arbeitnehmerinteressenvertretung

*Informationen über Multinationale Konzerne* ist eine vierteljährlich erscheinende Publikation der Arbeiterkammer Wien.

Zu bestellen unter:

Abteilung Wirtschaftspolitik – IMK  
Arbeiterkammer Wien  
1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22  
Tel.: 501 65/25 12 DW  
Fax: 501 65/25 32

Druckkostenbeitrag:

öS 100,- (Jahresabonnement)